

pekt beachten. Die SPD-Fraktion fordert mit Nachdruck, daß die betriebswirtschaftliche Erfassung der Selbstkosten nun endlich überall erfolgt. Der Zusammenhang zwischen Verweildauer im Krankenhaus, Größe und Ausstattung der Häuser und Pflegesätze muß beachtet werden. Bessere und sachgerechte Aufgabenverteilung zwischen ambulanter und stationärer Behandlung muß erreicht werden. Die SPD-Fraktion mißt darüber hinaus der gesundheitlichen Aufklärung, insbesondere in den Schulen, und der Werbung für gesundheitsbewußtes Verhalten einen besonderen Stellenwert bei.

Alle Versuche, durch die Einführung einer Selbstbeteiligung der Patienten beim Arztbesuch und der Abgabe von Arzneimitteln Kosten zu reduzieren, werden abgelehnt. Die Erfahrungen mit der Kostenbeteiligung im Ausland wie auch grundsätzliche gesundheitspolitische Überlegungen untermauern in diesem Punkte die Haltung der SPD.

F.D.P.: Eigenverantwortung stärken

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Peter Eykmann:

Ziel der Gesundheitspolitik der F.D.P. ist es, eine gleichmäßige und optimale medizinische Versorgung der gesamten Bevölkerung zu vertretbaren Kosten sicherzustellen. Um dieses Ziel zu erreichen, gilt es, die freiheitlichen und pluralistischen Strukturen unseres Gesundheitswesens im Interesse des einzelnen Bürgers zu stärken. Die von der F.D.P.-Fraktion initiierte Große Anfrage „Krankenhausplanung und Gesundheitswesen“ soll Anstoß sein, nach liberaler Vorstellung notwendige Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen aufzuzeigen und zu diskutieren.

Eine wichtige gesundheitspolitische Forderung ist ein modifiziertes Belegarztssystem, insbesondere durch die Aufhebung der starren Trennung von ambulanter und stationärer Behandlung.

Ergänzung der ambulanten und stationären Versorgung durch einen bürger-nahen gesundheitspflegerischen Sozialdienst, Einführung einer Kostenrechnung bei allen Leistungsträgern im Gesundheitswesen, für den Patienten Möglichkeiten der Kostenerkennung, Modellversuche mit flexiblen Beitrags-sätzen und Selbstbeteiligung — mit Ausnahme der Vorsorgemaßnahmen —, Abkürzung der oft zu langen Verweildauer im Krankenhaus durch Schaffung geeigneter Nachsorgeeinrichtungen und Modellversuche „Praxisklinik“ sind weitere wichtige und vorrangige gesundheitspolitische Forderungen. Bei dem F.D.P.-Gesundheitsprogramm handelt es sich um ein geschlossenes und auch politisch machbares Konzept, das entsprechend den Zuständigkeiten von Bund, Land und Gesundheits-selbstverwaltung zu verwirklichen ist.

Eingriffe in das gegliederte System, in seine Selbstverwaltung und in die Vertragsfreiheit von Krankenkassen und Kassenärzten, auch durch Einheitshonore, Einheitsbeiträge und Finanzausgleich zwischen den Kassenarten sind abzulehnen, da sie die Kosten nicht dämpfen. Die konkreten Vorschläge der F.D.P. werden zur Dämpfung des Kostenanstiegs führen.

Porträt der Woche

Seine Heimat ist das von der Landwirtschaft geprägte Münsterland, sein Beruf Landwirt. Eigentlich wären das natürliche Voraussetzungen, den CDU-Landtagsabgeordneten Fritz-Werner Hoberg als typischen Lobbyisten der „grünen Front“ in dem Landtag abzustempeln, dem er seit 1970 angehört. Eine derartige Vermutung zu äußern hieße jedoch, den 63jährigen Politiker aus Wadersloh-Liesborn, seine Arbeit und sein Engagement zu verkennen. Richtig ist, daß Hoberg sich als Vertreter des ländlichen Raums versteht, als Anwalt der dort vorhandenen vielschichtigen Interessen, die es gegen zu hohe Ansprüche der Ballungsgebiete durchzusetzen gilt. Richtig ist auch, daß er als einer der drei praktizierenden Landwirte unter den 200 Abgeordneten dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten angehört, weil er selbst fordert, daß Praktiker an den richtigen Platz gehören. Sein Engagement für den ländlichen Raum bringt er aber auch als Mitglied des Wirtschaftsausschusses zum Ausdruck, in dem er seinen Beitrag zur Beseitigung der Strukturschwächen zu leisten sucht, die wesentliche Ursache des spürbaren Gefälles zwischen Ballungsgebieten und flachem Land haben.

Fritz-Werner Hoberg, der nicht auf eigenen, sondern auf Wunsch politischer Freunde Direktkandidat im Wahlkreis Warendorf-Beckum II wurde — und ihn zweimal gewann —, zog mit langjähriger kommunalpolitischer Erfahrung in den Landtag ein. Schon 1952 wurde er in die Amtsvertretung Liesborn-Wadersloh gewählt, 1956 dann zum Amtsbürgermeister. Doch nicht das Amt zählte, sondern seine Initiativen und seine Erfolge, mit denen er bewies, daß der ländliche Raum sehr wohl Anschluß an die Entwicklung in den Ballungsgebieten halten kann. Damals installierte er einen Schulverband als Musterfall und sorgte für eine Schulbuslinie.



Fritz-Werner Hoberg (CDU)

Gleichermaßen erfolgreich strukturierte er auch seinen 80 Hektar großen Hof um, den er ursprünglich gar nicht erben wollte und sollte. Deshalb begann er mit dem Jura-studium und landete beim Militär, das ihm allein die Möglichkeit zu bieten schien, ohne Parteizugehörigkeit Verwaltungsjurist zu werden. Dann mußte er doch den väterlichen Hof übernehmen, der heute alle Merkmale eines modernen Betriebes aufweist und durch eine Brennerei ergänzt wird.

Neben dem Hof und seinen kommunalen Ämtern, zu denen Mandate im Kreistag, in der Landschaftsversammlung und der Gemeinde kamen, stand er für Vorstandsaufgaben der CDU und für genossenschaftliche Vereinigungen zur Verfügung. Diese mannigfachen Erfahrungen nun in der Landespolitik zur Geltung zu bringen, ist Hobergs erklärtes Ziel, das er mit westfälischer Beharrlichkeit verfolgt.

Wenn die Ballungsgebiete nach einer Konzentration der Bildungseinrichtungen rufen, meldet sich Hoberg mit der Forderung nach Ausnahmegenehmigungen für den ländlichen Raum zu Wort. Kulturpolitiker kennen ihn als Streiter gegen jedes Bildungsgefälle, Landesplaner als Verfechter notwendiger Sonderregelungen, die am ehesten geeignet sind, Strukturschwächen zu beseitigen. Er sei, sagt er, dazu erzogen worden, Pflichten zu übernehmen. Für den ländlichen Raum hat er sich bereitwillig in die Pflicht nehmen lassen. Klaus Simson